expertenReport



Quelle: Redaktion experten.de / KI-generiert

Finanzbildungsstrategie beschlossen – AfW sieht Vermittler außen vor

Michael Fiedler

Die Bundesregierung hat ihre erste nationale Finanzbildungsstrategie beschlossen. Während der GDV die Pläne begrüßt, sieht der AfW Rückschritte gegenüber dem Entwurf. Der Verband fordert eine stärkere Einbindung unabhängiger Vermittler und mehr Aufmerksamkeit für die Absicherung existenzieller Risiken.

Die Versicherungswirtschaft begrüßt den Beschluss grundsätzlich. Bei der Frage, wer Finanzbildung künftig vermitteln soll, gehen die Bewertungen jedoch auseinander. Der AfW Bundesverband Finanzdienstleistung sieht gegenüber dem ursprünglichen Entwurf zwei Rückschritte und fordert eine stärkere Beteiligung der unabhängigen Vermittlerschaft.

AfW kritisiert neue Neutralitätsvorgabe

Nach Angaben des AfW wurde in die verabschiedete Strategie der Grundsatz aufgenommen, Finanzbildung müsse „frei von ökonomischen Interessen Dritter“ erfolgen. Zugleich sei die ursprünglich vorgesehene regelmäßige Einbindung privater und zivilgesellschaftlicher Akteure in die Task Force Finanzbildung gestrichen worden. Das Gremium soll Anfang 2027 unter gemeinsamer Leitung des Bundesfinanzministeriums und der Deutschen Bundesbank seine Arbeit aufnehmen. Als ständige Mitglieder sind öffentliche Institutionen vorgesehen. Der AfW befürchtet, dass die neue Formulierung qualifizierte Vermittler von der praktischen Umsetzung der Strategie fernhalten könnte. Dabei stellen zivilgesellschaftliche Einrichtungen einschließlich Verbänden des Finanzsektors nach den vom Verband angeführten OECD-Daten 55 Prozent der Akteure in der Finanzbildung. „Wer Finanzbildung in die Fläche bringen will, sollte nicht auf diejenigen verzichten, die dort täglich mit Haushalten über Vorsorge und Absicherung sprechen“, erklärt AfW-Vorstand Frank Rottenbacher. Entscheidend sei, dass Bildung und Vertrieb sauber getrennt würden.

Finanzbildung soll nicht zur Kundenakquise werden

Der AfW schlägt dafür ein Modell vor, bei dem gemeinnützige Bildungsträger die Veranstaltungen organisieren und qualifizierte Vermittler als Referenten einsetzen. Die Vermittler sollen mit einheitlichen, unabhängig geprüften Unterrichtsmaterialien arbeiten, ihre wirtschaftliche Tätigkeit offenlegen und ihre Sachkunde nachweisen. Eine Selbstverpflichtung soll sicherstellen, dass während der Veranstaltungen keine Produkte vermittelt, keine Kontaktdaten gesammelt und Teilnehmer anschließend

nicht aktiv angesprochen werden. Bei Verstößen wäre nach Vorstellung des Verbands ein Ausschluss aus dem Referentenpool möglich. Zusätzlich fordert der AfW ein festes Beteiligungsformat für die Vermittlerverbände. Die Bundesregierung verfolgt mit ihrer Neutralitätsvorgabe das Ziel, Finanzbildung von wirtschaftlichen Interessen abzugrenzen. Der AfW stellt dieses Ziel nicht infrage, plädiert aber dafür, die Qualität eines Bildungsangebots anhand überprüfbarer Kriterien zu beurteilen und nicht allein anhand der wirtschaftlichen Tätigkeit seiner Anbieter.

Finanzbildung findet bislang selten vor Ort statt

Aus Sicht des AfW spricht auch die bisherige Verteilung der Angebote für eine stärkere Einbindung der Vermittlerschaft. Nach den vom Verband angeführten Daten richten sich mehr als die Hälfte der bestehenden Finanzbildungsinitiativen an Kinder und Jugendliche. Dagegen adressieren lediglich sechs Prozent Selbstständige, drei Prozent Inhaber von Kleinst- und Kleinunternehmen sowie 14 Prozent ältere Menschen. Nur sechs Prozent der Initiativen finden auf lokaler Ebene statt. Zugleich verweist der Verband auf die Bereitschaft seiner Mitglieder, sich ehrenamtlich zu engagieren. Im 18. AfW-Vermittlerbarometer erklärten 68 Prozent der 908 Teilnehmer, dass sie etwa einmal pro Quartal vier bis acht Stunden Finanzbildung an Schulen vermitteln würden, sofern standardisierte Unterlagen bereitstehen. Die Befragung dokumentiert damit eine grundsätzliche Bereitschaft unter den teilnehmenden Vermittlern. Ob und in welchem Umfang sich daraus zusätzliche Bildungsangebote entwickeln lassen, hängt von der konkreten Organisation und den Qualitätsanforderungen ab.

Absicherung existenzieller Risiken fehlt als eigene Maßnahme

Ein weiterer Kritikpunkt des AfW betrifft die inhaltlichen Schwerpunkte. Die Absicherung existenzieller Risiken werde in der Strategie lediglich am Rande behandelt. Eine eigenständige Maßnahme fehle. Der Verband verweist auf die Überschuldungsstatistik des Statistischen Bundesamtes. Danach entfielen 18,1 Prozent der Fälle auf Krankheit, Sucht oder Unfall. Unwirtschaftliche Haushaltsführung war mit 11,7 Prozent deutlich seltener als Hauptauslöser genannt. Für den AfW folgt daraus, dass Finanzbildung nicht bei Sparen, Investieren und Haushaltsplanung enden dürfe. Sie müsse auch vermitteln, welche finanziellen Folgen der Verlust der Arbeitskraft, eine schwere Erkrankung oder andere existenzielle Risiken haben können.

GDV sieht Rückenwind für die Altersvorsorge

Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) bewertet die beschlossene Strategie vor allem mit Blick auf die geplante Altersvorsorgereform positiv. „Gut, dass das Kabinett heute die Finanzbildungsstrategie beschlossen hat“, erklärt Moritz Schumann, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des GDV. Neue Möglichkeiten der privaten Altersvorsorge erforderten entsprechendes Finanzwissen. Deshalb gehöre Finanzbildung auch in den Schulunterricht. Zu den Maßnahmen der Strategie zählen die Frühstartrente und das geplante Altersvorsorgedepot. Beide sollen den Zugang zu kapitalmarktbasiertem Sparen erleichtern. Auch der GDV hatte sich im Konsultationsverfahren dafür ausgesprochen, neben Geldanlage und Sparen die Risikokompetenz und das Versicherungswissen zu stärken – etwa bei der Absicherung der Arbeitskraft. Die Bundesregierung hat den Maßnahmenkatalog ausdrücklich für Ergänzungen offengehalten. Damit bleibt auch die Frage, wie Versicherungswissen und die praktische Erfahrung von Vermittlern in die Umsetzung einfließen können, Gegenstand der weiteren Diskussion.

Wie sich Finanzwissen bereits innerhalb der Familien verändert, zeigt auch der Experten-Beitrag „Finanzbildung: Junge Generation nimmt Eltern aus der Pflicht“.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



https://www.experten.de/id/4953254/Finanzbildungsstrategie-beschlossen---AfW-sieht-Vermittler-aussen-vor/